

VO**Bürgerliches Recht
Allgemeiner Teil****Univ. Prof. Dr. Andreas Kletečka**

1

Der Vertragsabschluss

- Übereinstimmende Willenserklärungen zweier Personen
 - **Angebot**
 - Bestimmtheit (essentialia negotii)
 - Bindungswille
 - => Unterscheide: Invitatio ad offerendum!!
 - **Annahme**
 - Empfangsbedürftige Willenserklärung
 - Bei rechtzeitigem Zugang kommt Vertrag zustande
 - „stille Annahme“ § 864 Abs 1

- Ausnahmsweise **Kontrahierungszwang**

für öffentliche Hand und Monopolisten,
die Güter anbieten, die Durchschnittsmensch
normalerweise oder im Notfall benötigt

→ Abschlusszwang
außer sachlicher Grund für Verweigerung

3

Bindungswirkung der Offerte

- Mit Zugang
- Keine einseitige Widerrufsmöglichkeit
- Empfänger hat Gestaltungsrecht
- Einschränkung der Bindungswirkung durch Klauseln

Dauer der Bindung

- Ausdrückliche Festlegung
- Dispositives Recht § 862 ABGB
 - Mündliche Angebote: „müssen sofort angenommen werden“
 - Schriftlich Angebote:
 - Beförderungszeit des Angebots
 - + angemessene Überlegungsfrist
 - + Beförderungszeit der Annahme

Erlöschen des Angebots

- Konkurs des Angebotsstellers
- Kein Erlöschen bei
 - Tod einer der Parteien
 - Verlust der Geschäftsfähigkeit einer der Parteien
 - Außer Auslegung ergibt anderen Willen des Antragsstellers (Bsp Maßanzug)

Die Annahme

- Wirksamkeit mit Zugang
- Annahme durch Willensbetätigung
- Einschränkung der Bindungswirkung bei Verbraucherverträgen

Annahme als Willensbetätigung

- § 864 Abs 1: „Stille Annahme“
 - Voraussetzung: Annahmehandlung + Annahmewille
 - Bsp: X bestellt schriftlich 4 Kartons eines bestimmten Rotweins beim Winzer W. Vertrag wird geschlossen, wenn B den Wein versendet (Erfüllungshandlung).
- § 864 Abs 2: „Realangebote“
 - Vereinbarkeit mit Abs 1?
 - Keine Bereicherungsansprüche
 - Mitteilung/Rücksendung bei erkennbar irrtümlicher Zusendung

Einschränkung der Bindungswirkung bei Verbraucherverträgen

- § 3 KSchG – „Haustürgeschäft“
 - betr. außerhalb der Geschäftsräume abgegebene Willenserklärung
- § 3a KSchG - wenn für die Abgabe der Willenserklärung maßgebliche Umstände, die der Unternehmer als wahrscheinlich darstellte, nicht eintreten
- 30a KSchG – Rücktritt von Immobiliengeschäften
 - bei Willenserklärung am Tag der ersten Besichtigung, wenn dringendes Wohnbedürfnis abgedeckt werden sollte

- § 11 FAGG – Vertragsabschluss im Fernabsatz
- § 8 FernFinG - Fernabsatz von Finanzdienstleistungen
- § 12 VKrG – Verbraucherkredit
- § 5c VersVG – Versicherungsverträge

10

Konsens - Dissens

- **Konsens:**
 - Fehlerfreie Einigung
 - Frei, ernstlich, bestimmt, verständlich
 - Einigung über Nebenpunkte?
- **Dissens:**
 - Unvollständigkeit (Hauptpunkte nicht geregelt)
 - Diskrepanz der Erklärungen
 - ablehnende Erklärung des Antragsempfängers uU neues Angebot
 - Mehrdeutigkeit oder Unverständlichkeit
 - Bsp: Der Amerikaner A verkauft dem Deutschen D sein Armbanduhr „um 500,-“... € oder \$?

Vertragsabschluss unter AGB

- Vielzahlkriterium
- Ungleichgewicht zw Vertragsparteien
 - fehlende Gestaltungsmöglichkeit des Kunden
 - Kostenasymmetrie bei Infobeschaffung
- Auslegung: §§ 914, 915 ABGB
- Geltung wird ausdrücklich oder schlüssig vereinbart (strenger Maßstab!)
- „battle of forms“

12

(1) Einbeziehungskontrolle:

Möglichkeit der Kenntnisnahme, § 73 GewO

(2) Geltungskontrolle § 864a:

Versteckte Einzelbestimmungen ungewöhnlichen Inhalts werden nicht Vertragsinhalt wenn sie

- den VP benachteiligen
- er nach den Umständen (Erscheinungsbild, insb Stellung im Vertragsgefüge) nicht damit rechnen musste
- und auch nicht gesondert darauf hingewiesen wurde

13

(3) Inhaltskontrolle § 879 Abs 3:

- ✓ Bestimmung, die nicht Hauptleistungspflicht betrifft
- ✓ Gröbliche Benachteiligung
 - = sachlich nicht gerechtfertigte Abweichung vom dispositiven Recht

Bsp: Beginn der Verjährung von Schadenersatzansprüchen mit Lieferung der Ware

Nichtigkeit der ungerechten Klausel

Unterschied zu § 879 Abs 1: Ungleichgewichtslage wird zugunsten des Kunden vermutet

14

(4) Transparenzgebot § 6 Abs 3 KSchG:

- ✓ Transparente Gestaltung soll dem Kunden Erfassen der Bedeutung erleichtern
- ✓ Inhalt darf nicht vernebelt werden
- ✓ Bedeutet aber nicht den Ausschluss rechtlich komplizierter Regelungen

Bsp: Klausel, nach der Beschreibungen des Kfz-Herstellers für den Leasingvertrag „nur als annähernd“ zu betrachten sind.

15

Verbandsklage und Schadenersatz

- §§ 28 – 30 KSchG: Unterlassungsklage durch gewisse Verbände
- Verwendung unzulässiger Klauseln = Verletzung (vor-) vertragl. Schutz- und Sorgfaltspflicht
- Ex-ante-Prüfung durch Aufsichtsbehörde

16

Der Vorvertrag § 936 ABGB

= Verabredung, künftig Vertrag (Hauptvertrag) abzuschließen

Muss enthalten:

- die wesentlichen Punkte des Hauptvertrags
- Abschlusszeitpunkt des Hauptvertrages
 - auf Abschluss des Hauptvertrages muss binnen eines Jahres nach diesem Zeitpunkt geklagt werden

Unterscheide: Option = Gestaltungsrecht

17
